

21. Mai 2014

Pressemitteilung von Sigrid Hupach

## Kunstrückgaberecht nach österreichischem Vorbild einführen

*„Der Ausschuss für Kultur und Medien debattierte heute auf Vorschlag der LINKE die politischen und rechtlichen Konsequenzen aus dem ‚Fall Gurlitt‘, aber statt wie von uns gefordert in einer öffentlichen Anhörung, tagte der Ausschuss unter Ausschluss der Öffentlichkeit - ich finde diese Entscheidung der Koalition skandalös. Angesichts des hohen öffentlichen Interesses beim Thema NS-Raubkunst und dem bisher eher ungeschickten und intransparenten Agieren der Bundesregierung im Fall Gurlitt ist diese Entscheidung nicht nachvollziehbar“, erklärt Sigrid Hupach, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Sie fährt fort:*

„Das Fachgespräch bestätigte unsere Forderungen, dass es im Sinne einer späten Wiedergutmachung sinnvoll und notwendig wäre, auch in Deutschland ein Kunstrückgabegesetz nach österreichischem Vorbild einzuführen und die öffentlichen Museen zur Provenienzforschung und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse zu verpflichten. Das deutsche Rechtssystem ist in dieser Frage nach außen nicht vermittelbar. Um den Erben der Opfer des NS-Regimes die Suche nach verlorenem Eigentum zu erleichtern, sollten Museen und Sammler anschließend aktiv auf mögliche Erben zugehen. Dass hierfür Bereitschaft aber auch Mittel und personelle Ressourcen fehlen, belegen eindrucksvoll Zahlen des Instituts für Museumsforschung: 15 Jahre nach der Washingtoner Erklärung und knapp 70 Jahre nach Kriegsende haben von 6.355 Museen erst 285 ihre Bestände erforscht. Was wir jetzt parallel zu einer deutlichen Mittelaufstockung im Bereich der Provenienzforschung brauchen, sind mehr unabhängige Provenienzforscher, qualitativ bessere Datenbanken und eine Reform der Limbach-Kommission. Die Idee, eine Stiftung analog zur Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ mit der finanziellen Beteiligung des Kunsthandels zu gründen, muss in diesem Kontext ernsthaft in Erwägung gezogen werden.“

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressesprecher: Hendrik Thalheim, Telefon 030/227-528 00, Mobil 0172/391 42 61

Stellvertretender Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-500 16, Mobil 0172/373 13 55

Stellvertretender Pressesprecher: Hanno Harnisch, Tel. 030/227-510 92, Mobil 0171/643 55 24

Telefax 030/227-568 01, [pressesprecher@linksfraktion.de](mailto:pressesprecher@linksfraktion.de), [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)